

Pressemitteilung

LK fordert von Bundesregierung konsequente Ablehnung des EU-Mercosur-Abkommens

Handelsabkommen dürfen nicht einseitig die Landwirtschaft belasten

„Nach dem Start des Ratifizierungsprozesses zum EU-Mercosur-Handelsabkommen seitens der Europäischen Kommission hegt die heimische Landwirtschaft weiterhin massive Bedenken, die trotz vorgesehener Schutzmaßnahmen nicht ausgeräumt sind. Ich fordere die Bundesregierung daher eindringlich auf, an der Ablehnung des Abkommens festzuhalten“, mahnt LK OÖ-Präsident Franz Waldenberger und ergänzt: „Ich warne davor, die Zukunftsfähigkeit kleinstrukturierter landwirtschaftlicher Betriebe und damit verbunden die Versorgungssicherheit mit qualitätsvollen Lebensmitteln dem Freihandel, insbesondere den Interessen der Industrie, unterzuordnen. Wir fordern entsprechende Schutzmechanismen, um im Falle von Marktstörungen die Bäuerinnen und Bauern entschädigen zu können.“

Das Handelsabkommen mit den Mercosur-Staaten Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay hat das Potenzial, eine der umfassendsten Freihandelszonen der Welt zu schaffen, indem es einen Markt von über 700 Millionen Menschen abdeckt. Die Vereinbarung sieht vor, Zölle weitestgehend abzubauen, um den Handel zu intensivieren und wirtschaftliches Wachstum zu fördern. Inzwischen gibt es spezifische Vorkehrungen für die europäische Landwirtschaft, um zu verhindern, dass bestimmte Agrarmärkte vollständig geöffnet werden. Trotz dieser Schutzmaßnahmen bleiben massive Bedenken hinsichtlich der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Produzenten und eines ausgewogenen Marktzugangs bestehen.

Besondere Bedenken bestehen hinsichtlich der Umweltauswirkungen, der sozialen Standards und der Wettbewerbsverzerrungen, die durch ungleiche Bedingungen entstehen könnten. Auch die COPA-COGECA (Dachverband der EU-Bauern) warnt seit Jahren vor den negativen Auswirkungen für landwirtschaftliche Betriebe. Neben der Aushöhlung etablierter EU-

Standards würde dieses Abkommen auch die Existenzgrundlage vieler europäischer und österreichischer Bauern gefährden.

Angesichts der erheblichen Unterschiede bei den Produktionsstandards und der negativen Auswirkungen speziell auf die europäische Landwirtschaft lehnen Österreich und andere EU-Staaten wie Ungarn, Irland, die Niederlande, Rumänien und Italien das geplante Mercosur-Abkommen ab. Franz Waldenberger betont: „Wir müssen die nationale Landwirtschaft vor potenziellen negativen Auswirkungen schützen. Handelsinteressen dürfen nicht zulasten unserer landwirtschaftlichen Betriebe, unserer Wettbewerbsfähigkeit und unserer Umweltinteressen durchgepeitscht werden!“

„Ich fordere die österreichische Bundesregierung mit allem Nachdruck auf, weiterhin konsequent an der Ablehnung des EU-Mercosur-Abkommens festzuhalten“, plädiert Waldenberger eindringlich. Ein Parlamentsbeschluss aus dem Jahr 2019 verpflichtet die Bundesregierung, weiterhin diese Position zu vertreten.

Das erklärte Ziel der Europäischen Kommission ist es, das Abkommen noch vor Ende des Jahres abzuschließen. Der politische Teil des Abkommens erfordert die Zustimmung aller EU-Mitgliedstaaten; dem Handelsteil des Abkommens muss eine qualifizierte Mehrheit von 15 Mitgliedstaaten die Zustimmung erteilen. Die Landwirtschaftskammer fordert die österreichische Bundesregierung mit Nachdruck auf, auf EU-Ebene weiter konsequent an politischen Allianzen zur Ablehnung des EU-Mercosur-Abkommens zu arbeiten“, erklärt Präsident Franz Waldenberger.



*Bildtext: „Ich fordere die österreichische Bundesregierung mit allem Nachdruck auf, weiterhin konsequent an der Ablehnung des EU-Mercosur-Abkommens festzuhalten“, plädiert LK OÖ-Präsident Franz Waldenberger
Bildnachweis: LK OÖ, Abdruck honorarfrei*

Kontakt: DI Stephan Grasserbauer, BSc.
Tel +43 50 6902-1330, stephan.grasserbauer@lk-ooe.at